

Urkundenfälschung in Klütz?

Rechtsanwalt berichtet von merkwürdigen Praktiken im Amt



Wurden im Amt Klütz Winkel Urkunden gefälscht?

Foto: MARKT

Klütz (pki). Am 22. August 2012 schrieb ein Lübecker Rechtsanwalt an die Landrätin Birgit Hesse und schilderte in seinem Schreiben, das dem MARKT vorliegt, seine Erlebnisse bei der Einsichtnahme in einen öffentlich ausgelegten Boltenhagener Bebauungsplanentwurf im Amt Klütz Winkel.

Nachdem er einige Zeit vergeblich das gesamte Amtsgebäude und alle öffentlich zugänglichen Bereiche auf der Suche nach dem ausliegenden B-Plan durchlaufen hatte, fragte er eine Mitarbeiterin danach. Durch diese wurde er an eine weitere Mitarbeiterin verwiesen, die dann die vorhandenen Unterlagen aus einem Ablagekorb in ihrem Büro nahm und ihm übergab. „Sie hat dann spontan erklärt, man mache das hier anders als in Boltenha-

gen, die Entwürfe lägen bei ihr in der Stube“, gab der Anwalt in einer eidesstattlichen Versicherung an.

Bedenklich ist dabei vor allem, dass auszulegende Unterlagen am Auslegungsort vollständig, sichtbar und zusammengehörig der Öffentlichkeit zugänglich sein müssen und diese rechtlichen Anforderungen im Amt Klütz Winkel völlig ignoriert werden. Eine öffentliche Auslegung der Unterlagen hat also nicht stattgefunden. Verstöße gegen die Vorschriften über die Bürgerbeteiligung an der Bauleitplanung sind jedoch grundsätzlich beachtlich. Das heißt, dass die Auslegungspraxis des Amtes Klütz Winkel in keiner Weise den Anforderungen der geltenden Rechtsprechung genügt. Dies betrifft im Übrigen nicht nur den vorliegen-

den Fall des Boltenhagener Bebauungsplanes. Die fehlerhafte Auslegung wird dazu führen, dass offenbar alle in der Vergangenheit durch das Amt Klütz Winkel für die Mitgliedsgemeinden ausgelegten Bebauungspläne an einem erheblichen Formfehler leiden, der „im Regelfall die Unwirksamkeit des betroffenen Bebauungsplanes herbeiführen wird.“

Im 'Boltenhagener Fall' liegt auch noch ein Verstoß gegen die öffentlichen Bekanntmachungsvorschriften der Hauptsatzung vor, da die Gemeindevertretung es innerhalb von nunmehr 14 Monaten nicht geschafft hat, die Hauptsatzung entsprechend anzugleichen. Diese fehlenden Änderungen führten auch schon zur Ungültigkeit von Sitzungen.

Gekrönt wird das rechtswidrige Verhalten des Amtes Klütz Winkel jedoch dadurch, dass die ordnungsgemäße Öffentlichkeitsbeteiligung für den Zeitraum vom 10.07.2012 bis 13.08.2012 bereits am 26.07.2012 mit Unterschrift und Dienstsiegel Nr. 8 des Amtes Klütz Winkel auf dem Plan amtlich bestätigt war! Also 17 Tage vor Ablauf der Auslegungsfrist wurde die ordnungsgemäße öffentliche Auslegung bestätigt! Da es sich bei einer Sitzung um eine Urkunde handelt, dürfte dieser Sachverhalt auch für die Staatsanwaltschaft von Bedeutung sein.

Abschließend stellt sich die Frage nach den Verantwortlichkeiten? Antwort gibt hier der §138 der Kommunalverfassung: „Der Amtsvorsteher leitet die Verwaltung des Amtes (...). Der Amtsvorsteher ist für die Geschäfte der laufenden Verwaltung des Amtes zuständig.“